(Reformp.) spricht sich zustimmend über die neue Fernsprechgebührenordnung aus und wünscht weiter, daß noch mehr als dies jetzt geschehe zu Lieferungen für die Verwaltung die kleinen Handwerker herangezogen würden. — Abg. Duffner (Zentr.) wünscht eine Revision der Gebühren beim Postzeitungs- und Nachnahmewesen. — Abg. Graf Westarp (kons.) begrüßt die neue Fernsprechgebührenordnung. Bei den kleinen Netzen würden die Gebühren immer noch nicht angemessen geregelt sein, wenn er auch die Vorteile der Reform für diese kleinen Netze nicht verkenne. Auch nach der neuen Ordnung würde der Durchschnittsbetrag für das einzelne Gespräch höher ausfallen als in Großstädten, beispielsweise in Berlin. Bedenklich sei auch der Passus in den Motiven, daß die niedrigen Ortsgebühren nur für einen Umkreis von 5 Kilometern gelten sollen. Auf dem Lande reiche das nicht aus. Die Ortsgebühren sollten wenigstens bis auf den Umfang etwa eines Landkreises, also etwa 25 Kilometer, ausgedehnt werden. Auch die Entfernungszuschläge würden für das platte Land zu hoch sein. In finanzieller Hinsicht billigten seine Freunde die Vorlage durchaus. — Abg. Dr. Stresemann (natl.): Bei der Errichtung von Postgebäuden sollte auf die Wünsche der einzelnen Städte mehr Rücksicht genommen werden. Bedauerlich ist, daß bei dem Hochwasserunglück in der Altmark die Postbehörden sich weigerten, den Fernsprechdienst über die festgesetzte Zeit hinaus auszudehnen. Die Zentralverwaltung müßte die Behörden veranlassen, in Ausnahmefällen den Fernsprechverkehr auch über die Dienststunden hinaus zu gestatten. Zur Entlastung des Beamtenpersonals empfehle sich eine weitere Verwendung von Postwertzeichenautomaten zur Aufstellung auf öffentlichen Plätzen. Man hat gestern meinen Freund dahin mißverstanden, als ob er der Fernsprechgebührenvorlage unbedingt zustimme. Das ist nicht der Fall, er hat sich zwar mit dem Prinzip der Vorlage, einen Ausgleich zwischen Stadt und Land zu schaffen, einverstanden erklärt, aber ebenso hat er im Auftrage der Partei auch die mindestens fakultative Aufrechterhaltung eines abgestuften Pauschsystems für wünschenswert erklärt. Mit einer staffelweisen Abstufung der Gesprächsgebühren, mit der Pflicht, von einer bestimmten Anzahl von Gesprächen an einen zweiten Apparat zu benutzen und zu bezahlen, hat man sich einverstanden erklärt, man hat sich aber dagegen erklärt, daß das an sich richtige Prinzip von Leistung und Gegenleistung so mechanisch, wie es in der Vorlage zum Ausdruck kommt, überspannt wird. Dem Abg. Raempf, der an der Spitze des Deutschen Handelstages, der fast lückenlosen Vertretung von Handel und Industrie, steht, kann man nicht nachsagen, daß er die Dinge vom einseitigen Standpunkte aus betrachte. Gerade diese Kreise stehen im praktischen Leben. Wäre der Standpunkt der Regierung richtig, dann hätte man niemals die Chausseegebühren aufheben, niemals ein einheitliches Briefporto einführen dürfen. Es ist auch durchaus nicht richtig, daß etwa der gesamte Mittelstand der Vorlage zustimmt. Den Ausgleich zwischen Stadt und Land wollen auch wir, wir sind sogar der Meinung, daß es vielleicht sich ermöglichen lasse, wenn auch nicht direkte Bezirkstarife für die Landwirtschaft zu schaffen, so doch einen gewissen Zonentarif, der das Telephon auf dem Lande noch mehr einbürgert als gegenwärtig. (Beifall.) — Nunmehr erfolgt Vertagung. — Persönlich bemerkt Abg. Struve: Der Staatssekretär hat eine Reihe persönlicher Angriffe gegen mich gerichtet. Der Staatssekretär meinte, ich glaubte wohl selber nicht das, was ich sagte. Ich lege Protest ein gegen eine solche Unterstellung, die der Gepflogenheit durchaus widerspricht. — Staatssekretär Kraetke: Ich bin mir nicht bewußt, dem Herrn Abgeordneten gesagt zu haben, daß er gegen seine Ueberzeugung spreche. Hätte ich das in der Hitze des Gefechts getan, so würde ich das mit Bedauern zurücknehmen. — Weiterberatung morgen 2 Uhr. — Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

Aus den Reichstagskommissionen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission setzte die Beratung des Militäretats fort. Ein freisinniger Redner forderte ganze Arbeit beim Militäretat in bezug auf die Sparsamkeit. Da man in der Kommission doch nicht sachverständig genug für Einzelheiten sei, solle man einfach einen Pauschbetrag von etwa 100 Millionen vom Militäretat abstreichen und dem Kriegsminister sagen: So, nun teile Dir die Summe und sieh' zu, wie Du auskommst. Der Kriegsminister wandte sich entschieden hiergegen. Ganz abgesehen davon, daß an eine Aufbesserung der Mannschaften auch dann nicht mehr gedacht werden könne, würde bei einem solchen Abstrich entweder eine sehr erhebliche Verminderung der Präsenz erforderlich oder ein sehr umfangreiches Maß von Beurlaubungen, beides zum Schaden von Armee und Land. Unter Zustimmung des Kriegsministers wurde beschlossen, den Posten des Kommandanten in Magdeburg nach Erledigung der dort noch notwendigen Auflassungsarbeiten fortfallen zu lassen; dagegen ein Antrag der Freisinnigen, die Kommandanten von Spandau und Glogau zu streichen, abgelehnt. Es wurde eine Resolution der Korreferenten angenommen, den Reichskanzler um Erwägungen zu ersuchen, inwieweit die Stellen der Platzmajore mit inaktiven Offizieren besetzt werden können. Von freisinniger Seite wurde die verfassungsrechtliche Stellung des Militärkabinetts und die Frage der persönlichen Adjutanten der deutschen Fürsten, deren es nicht weniger als 65 gibt, zur Erörterung gestellt und der Antrag eingebracht, von den 12 persönlichen Adjutanten des Kaisers zwei Stellen abzusetzen. Der Kriegsminister erklärte einen solchen Antrag für unmöglich. Es sei ganz undenkbar, dem obersten Kriegsherrn einfach zwei Adjutanten zu nehmen. Die übrigen deutschen Fürsten, die auf jede Autonomie in militärischen Dingen zugunsten Preußens verzichtet haben, könne man auch nicht verletzen und in ihren Rechten beschränken wollen. Der Antrag wurde zurückgezogen und durch eine Resolution ersetzt, wonach der Reichskanzler mit den beteiligten deutschen Fürsten über eine Verminderung der Zahl ihrer persönlichen Adjutanten in Verbindung treten soll. Die Resolution wurde abgelehnt. Bei Erörterung der Zählstellen im Offizierkorps wurde die Frage der Feldwebelleutnants besprochen. Der Kriegsminister ist ein entschiedener Gegner einer solchen Zwischenstufe. Das Offizierkorps müsse komplettiert werden. Von freisinniger Seite wurde eine Resolution beantragt, die Frage in einer Denkschrift zu erörtern. Diese Resolution wurde mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen. Weiterberatung morgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Arbeitskammer-Kommission beschloß heute die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre in die Arbeitskammern. — Die Automobil-Kommission hatte in erster Lesung die wesentliche Bestimmung der Regierungsvorlage gestrichen, wonach die Haftpflicht fortfallen sollte, wenn der Unfall durch ein Fahrzeug verursacht wurde, das auf ebener Bahn eine begrenzte Geschwindigkeit nicht überschreiten kann und hierauf amtlich geprüft ist. In der zweiten Lesung hat heute die Kommission die Geschwindigkeitsgrenze wenigstens für Lastfahrzeuge wieder eingeführt und auf 20 Kilometer in der Stunde festgesetzt.

Preußischer Landtag

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus erteilte gegen die Stimmen der Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Gewerkschaftsbeamten Hermann Helbig in Leipzig, der in einer Versammlung gesagt hat, das Abgeordnetenhaus müßte vor sich selbst ausspeien. Der Antrag des Konservativen Hammer um Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die steuerliche Bevorzugung der Filialbetriebe beseitigt wird, wurde an die Kommission für Handel und Gewerbe verwiesen. Die Redner der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen sprachen für, Abg. Rosenow (freis. Volksp.) gegen den Antrag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Abg. Trimborn (Zentr.) hat im Abgeordnetenhause mit Unterstützung seiner Partei einen Antrag eingebracht, der die Hebung des kleinen Kaufmannsstandes betrifft. Die Regierung soll ersucht werden, unter Fühlungnahme mit Vertretern des Kaufmannsstandes usw. in eine Prüfung einer Reihe von Fragen einzutreten, die die Schaffung einer Gewähr bezüglich der Lehrlingsausbildung, die Begegnung der Lehrlingszüchterei im Handelsgewerbe, die Errichtung von Prüfungsausschüssen bei den Handelskammern, weitere Einrichtung paritätischer Stellennachweise für kaufmännisches Personal usw. betreffen.

Berlin. Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses hat die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Hausmann (Hannover 7) für ungültig erklärt.

Die lex Trimborn.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zu der angeblichen Aufhebung der lex Trimborn schreibt man dem „Neuen Politischen Tagesdienst" von unterrichteter Seite: Daß sich der Bundesrat mit einem Gesetzentwurf beschäftigen werde, der den § 15 des Zolltarifgesetzes aufhebt, nach dem ein Teil der Einnahmen aus den erhöhten landwirtschaftlichen Zöllen für die kommende Witwen- und Waisenversicherung angesammelt werden soll, ist unzutreffend. Diese Regelung wird vielmehr durch die neue Reichsversicherungsordnung, die für diesen neuen Zweig der sozialen Gesetzgebung genaue, auf statistischer Berechnung beruhende Reichszuschüsse festsetzt, erfolgen, die dann alljährlich ebenso, wie bei der Alters- und Invaliditäts-Versicherung, durch den Etat zur Verfügung gestellt werden. Hierdurch wird der § 15 des Zolltarifgesetzes ohne weiteres außer Kraft gesetzt, ohne daß es eines besonderen Gesetzes hierzu bedürfte. Wahrscheinlich wird die Reichsversicherungsordnung einen entsprechenden Vermerk enthalten. Der lex Trimborn lag der Gedanke zugrunde, es könnten die Mehreinnahmen aus den landwirtschaftlichen Zöllen überhaupt ausreichen, um den Reichszuschuß zu decken, eine Erwartung, die sich nicht erfüllt hat, da die bisherigen Erträge aus 2½ Jahren kaum den Betrag brachten, der damals als Jahresertrag angenommen wurde.

Zum österreichisch-serbischen Konflikt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Noch ehe positiv feststeht, daß Serbien die von allen Mächten gewünschten Versicherungen seiner Friedfertigkeit und seines Verzichts auf territoriale Ansprüche abgegeben hat, beschäftigt sich ein großer Teil der Presse mit der angeblich unversöhnlichen Haltung Oesterreich-Ungarns. Diese soll darin liegen, daß Oesterreich-Ungarn verlangt, über die Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiete, die es Serbien gewähren zu können glaubt, direkt mit Serbien zu verhandeln. Diese Forderung ist aber geradezu selbstverständlich. Soll etwa Oesterreich-Ungarn mit der Gesamtheit der Signatarmächte oder mit einer derselben über einen serbischen Handelsvertrag oder über die detaillierten Bestimmungen der serbisch-österreichisch-ungarischen Eisenbahnanschlüsse verhandeln? Daß dies nicht geht, ist so einleuchtend, daß die Forderung, Oesterreich-Ungarn solle bei seinen Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen die Mächte als Mandatare Serbiens zulassen, von niemand aufgestellt werden sollte, der eine friedliche und billige Beilegung der bisherigen Gegensätze ernstlich wünscht. Um einen Versuch der Einschüchterung und Demütigung Oesterreich-Ungarns kann es sich nicht handeln, da im voraus feststeht, daß ein solcher Versuch an der Ablehnung der von Deutschland unterstützten Doppelmonarchie scheitern müßte.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Orientkrisis wird der „Voss. Ztg." aus Belgrad gemeldet: Wie aus hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, datiert der Entschluß Serbiens, einzulenken, seit der Rückkehr des hiesigen russischen Gesandten Sergejew von seiner jüngsten Orientierungsfahrt. In Wien war Sergejew nach längeren Unterredungen mit dem dortigen russischen Geschäftsträger Swerbejew zur Ueberzeugung gelangt, daß Oesterreich-Ungarn den Zeitpunkt für gekommen erachte, die serbische Frage mit den Waffen zu lösen. Er wurde gleichzeitig durch den Wiener russischen Militär-Attaché Oberstleutnant Maschtschenkow von den umfassenden Kriegsrüstungen Oesterreich-Ungarns in Kenntnis gesetzt. Herr Sergejew machte kein Hehl daraus, daß man über alles das in Belgrad gänzlich desorientiert sei, daß Serbien an den Ernst Oesterreich-Ungarns nicht glaube. Er teilte seine Wiener Erkundigungen sowohl dem König Peter als auch dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Auswärtigen mit und forderte dringend, daß Serbien seine Haltung in der bosnischen Frage ändere. Rußland sei höchstens in der Lage, drei Armeekorps zu mobilisieren. Wenn Oesterreich-Ungarn das Schwert ziehe, werde Serbien unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht nur zermalmt werden, sondern der Balkan dem rechtgläubigen Slawentum gänzlich verloren gehen. Gegen die von Rußland mit allem Nachdruck geforderte Abkehr Serbiens von der aggressiven Politik opponierte jedoch bis in die letzte Zeit ein Teil des Ministeriums Nowakowitsch, der den militärischen Untergang Serbiens der diplomatischen Schlappe vorzog, indem er meinte, daß die Folgen solcher Schlappe die Interessen des rechtgläubigen Slawentums auf dem Balkan nicht minder beeinträchtigen müsse.

Rußland und die Türkei

Sofia. (Priv.-Tel.) Nach hier aus Petersburg angelangten offiziösen Meldungen ist das russisch-türkische Abkommen bezüglich der seitens Bulgariens zu zahlenden Entschädigung bereits perfekt und dürfte heute in Petersburg vom türkischen Minister des Aeußern Rifaat Pascha unterzeichnet werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat hat gestern den Vorlagen betreffend den Börsenpreis für Zucker, ferner wegen Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz und wegen Aenderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz betreffend die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande zugestimmt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das preußische Staatsministerium hat in seiner gestrigen Sitzung den Beschluß der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses zur Frage des Wohnungsgeldzuschusses, durch den die 48 deklassierten Orte wieder heraufgesetzt, anderseits aber die Differenz zwischen verheirateten und unverheirateten Beamten aufrechterhalten werden sollte, für unannehmbar erklärt. Heute hielt das Staatsministerium wieder eine Sitzung ab.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der argentinische General Duclos, der an der Spitze der nach Deutschland entsandten Militärkommission steht, ist von seinem Besuche bei Krupp in Essen nach Berlin zurückgekehrt. General Duclos soll bedeutende Aufträge für Geschütze an Krupp und für Gewehre und Karabiner an die hiesigen deutschen Waffen- und Munitionsfabriken erteilt haben. Auch der Präsident von Argentinien hat sich für Kruppsche Geschütze entschieden, weil die argentinische Artillerie bereits mit diesem Modell versehen ist und eine einheitliche Waffe angebracht erscheint.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Hörsaal des Poliklinischen Instituts der Universität trat heute vormittag die Balneologische Gesellschaft zusammen. Der Vorsitzende Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Brieger (Berlin) eröffnete die Verhandlungen mit einem Hinweis auf die Bedeutung der 30. Versammlung der Gesellschaft. Vor 30 Jahren stand die Balneologie noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Wenn heute der Stand der balneologischen Wissenschaft ein sehr hoher ist, so dürfte dies zum größten Teil auf das Konto der Balneologischen Gesellschaft zu setzen sein. Geheimrat Dr. Brock (Berlin) erstattete sodann den Geschäftsbericht. Er widmete insbesondere dem verstorbenen Vorsitzenden Professor Dr. Liebreich einen warmgehaltenen Nachruf. Weiter teilte er die von der Gesellschaft getroffenen Abmachungen mit der Hufeland-Gesellschaft mit, welche die Zustimmung der Versammlung erhielt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, an Stelle des eine Wahl ablehnenden Dr. Winternitz wurde Kaiserlicher Rat Dr. Fellner (Franzensbad) gewählt. Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß die Gesellschaft den Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Senator (Berlin) zum Ehrenmitglied ernannt habe.

Berlin. (Priv.-Tel.) Als Nachfolger Richard Pischels, des Dozenten für Sanskrit, an der hiesigen Universität, der, wie bereits mitgeteilt, in Madras gestorben ist, ist Professor Heinrich Lüders in Kiel berufen worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Von dem Verteidiger des flüchtigen Dr. Isgenstein ist die vom Gericht geforderte Kaution von 6000 Mk. nunmehr hinterlegt worden. Dr. Isgenstein befindet sich bereits auf dem Wege nach Berlin.

München. (Priv.-Tel.) Wegen heftiger Schneestürme ist der Bahnverkehr in Tirol vielfach unterbrochen. Viele Ortschaften sind vom Verkehr vollständig abgeschnitten. Große Lawinenstürze richten bedeutenden Schaden an. Durch eine Lawine wurde u. a. das Elektrizitätswerk Pomperloch zerstört. Die Städte Schwaadt, Hall und der Vorort Igls bei Innsbruck sind ohne Licht.

St. Ingbert. (Priv.-Tel.) Der Rendant der Saarbrückener Ortskrankenkasse Rieser wurde mit 5000 Mk. flüchtig. Binnen 10 Jahren ist das die vierte größere Veruntreuung bei dieser Kasse.

Paris. (Priv.-Tel.) Alexander Charpentier, der bekannte Bildhauer, ist hier gestorben.

Haag. Prinz Heinrich der Niederlande begibt sich nach Belgien, um mit dem Kapitel des Johanniterordens über die Errichtung einer niederländischen Abteilung des Ordens zu beraten.

Brüssel. Die Deputiertenkammer hat einen Antrag betreffend Einsetzung einer Enquete-Kommission für die Heeresreform mit 76 gegen 75 Stimmen angenommen.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 199,— Diskonto 197,— Dresdner Bank 0 Staatsbahn 144,20 Lombarden 7,60 Laurahütte 191,75 Ungar. Gold — Portugiesen — — Türkenlose — Fest.

Paris (nachm. 3 Uhr) Rente 98,12 Italiener 103,40 Neue Portugiesen 59,97, Spanier 86,— Türken (unific. Anl. 95 6 Türkenlose 175,50 Staatsbahn —.—, Lombarden — Ottomanbank 713,— Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per März 24,30, per Mai-August 24,80, fest Mehl per März 49,75 per September-Dezember 65,—, stetig Spiritus per März 39,0, per September-Dezember 38,50 stetig.

London. Mühlenmarkt: Englischer Weizen ruhig aber stetig, englischer Weizen weniger angeboten. Amerikanischer und Donauer Mais fest. Amerikanisches und englisches Mehl fest. Gerste kaum tonig. Hafer fest 1½ d höher.

Oertliches und Sächsisches.

— Das Befinden des Herrn Staatsministers Dr. Grafen Hohenthal war in den letzten Tagen recht zufriedenstellend; er empfing täglich Besuche. Obwohl die chirurgische Behandlung, die die Veranlassung zur Aufnahme in die Klinik des Herrn Hofrats Dr. v. Mangoldt gegeben hatte, beendet ist, verbleibt der Herr Minister zunächst noch daselbst, da der ungünstigen Witterung wegen eine Uebersiedlung nach dem Ministerhotel nicht angebracht erscheint. Die Behandlung des Kranken hat in Vertretung des Herrn Generalarztes Dr. Selle, der Se. Majestät den König bekanntlich auf seiner Mittelmeerreise begleitet, Herr Professor Dr. Päßler übernommen.

— König Friedrich August hat genehmigt, daß der Staatsarchivar Regierungsrat Dr. Lippert den bayrischen Verdienstorden vom heiligen Michael 4. Klasse annehme und trage.

— Dem Lithographen Großer in Dresden wurde für Rettung eines Mannes vom Tode des Ertrinkens in der Elbe eine Geldbelohnung bewilligt.

— Der russische Minister-Resident Baron von Wolff ist vom Urlaub hierher zurückgekehrt und hat die Leitung der russischen Gesandtschaft wieder übernommen.

— Von einem plötzlichen Tode wurde in der Nacht zum Mittwoch in Mentone, wo er mit seiner Gattin seit 3½ Wochen weilte, Herr Kommerzienrat Otto Grimm ereilt. Der Heimgegangene war Mitinhaber der weit über Sachsens Grenzen hinaus bekannten Buckskinfabrik Grimm u. Albrecht in Crimmitschau und seit einigen Jahren Besitzer des Rittergutes Teichwolframsdorf. Der Dahingeschiedene hat sich um die Stadt Crimmitschau hohe Verdienste erworben, insbesondere um die Freiwillige Feuerwehr, deren Ehrenkommandant er bis zu seinem schnellen Ende war.

— Ueber 20 Millionen Mark eingelöster oder sonst wertlos gewordener Staatspapiere sollen auf Veranlassung des Landtagsausschusses zur Verwaltung der Staatsschulden Freitag, den 12. März, vormittags 11 Uhr, im staatlichen Fernheiz- und Elektrizitätswerke öffentlich verbrannt werden.

— Oekonomische Gesellschaft. Ueber die Erfolge der intensiven Weidewirtschaft im deutschen Binnenlande unter besonderer Berücksichtigung des Königreichs Sachsen sprach in einer gestern stattgefundenen Versammlung Herr Professor Dr. Falke-Leipzig. Der Versammlung wohnten u. a. die Herren Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Rohrer, Geh. Oekonomierat Hähnel-Kupprit, Oekonomierat Dr. Raubold bei. Der Redner wies einleitend darauf hin, daß man fast überall in Deutschland geneigt sei, den Weiden einen Platz in der Landwirtschaft einzuräumen, und daß überall gegenwärtig Versuche mit der Anlage solcher Weiden gemacht würden. Durch die Gründung von Genossenschaftsweiden habe die sächsische Landwirtschaft vorbildlich für die weitesten Kreise gewirkt und habe hierdurch ihre führende Rolle von neuem bestätigt. Der Redner verbreitete sich hierauf über die klimatischen Verhältnisse, die bei der Einrichtung von Dauerweiden in Betracht kommen und gab im Anschluß hieran genau Daten aus vier verschiedenen Gegenden, in denen Weiden eingerichtet worden waren. Weiter äußerte sich der Vortragende zu den Weideerträgnissen, gab wertvolle Ratschläge nach dieser Richtung hin und besprach ferner noch die Stärke des Besatzes einer Weide. Nach einer Besprechung der Aufzucht der Kälber und der Ernährung der Tiere, bevor dieselben auf die Weide gebracht werden, besprach er zum Schluß noch ausführlich die Düngung der Weiden.

— Bebauungszeugnisse. Wer sein Grundstück dinglich belasten oder dessen erfolgte Bebauung und die dem Gebäude verliehene Brandlatasternummer im Grundbuche verlautbaren lassen will, bedarf hierzu eines von der Baupolizeibehörde auszustellenden Bebauungszeugnisses. Die durch dessen Ausstellung entstehenden besonderen Kosten hat der Antragsteller zu tragen und auf Verlangen zu hinterlegen. Die Voraussetzungen für die Erteilung des Zeugnisses sind in einer Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern festgesetzt worden. Näheres ist durch die Königl. Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt zu erfahren.

— Heimatscheine für die Schweiz. Im Hinblick auf die strenge Handhabung der Fremdenkontrolle durch die Ortsbehörden in der Schweiz und zur Vermeidung von Weiterungen und Unzuträglichkeiten sowohl für die Behörden als insbesondere für die Beteiligten wird denjenigen sächsischen Staatsangehörigen, die sich in der Schweiz niederzulassen oder dort längeren Aufenthalt zu nehmen beabsichtigen, empfohlen, sich vor der Abreise mit einem Heimatscheine oder doch wenigstens mit einem Reisepasse und einem Leumundszeugnisse zu versehen. Der Antrag auf Ausstellung eines Heimatscheines ist unter näherer Angabe der Geburts-, Abstammungs- und Aufenthaltsverhältnisse bei der Verwaltungsbehörde des Wohnortes bez. letzten Wohnortes (d. i. in Städten mit der revidierten Städteordnung der Stadtrat, sonst die Amtshauptmannschaft) zu stellen.

— Die Uraufführung des Tondramas „Christus" von Zierold wird Dienstag, den 9. März, im Vereinshaus, Zinzendorfstraße, erfolgen. Zur Förderung des Unterneh-